

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. Postgebühren vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatien 70 Pfg. für die einseitige Zeile und deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages angenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 32.

Sonnabend, den 9. August 1919.

23. Jahrgang.

Lohnbewegungen

Ueber den Abschluß einer Lohnbewegung ist sofort zu berichten. Die Mitteilungen müssen kurz und klar formuliert sein. Dauer sperren werden nicht veröffentlicht. Wird die Aufrechterhaltung einer Sperre verlangt, so muß allwöchentlich darüber berichtet werden.

Gespart sind die Betriebe: Firma Braunschweig in Jübenbüren; Gust. Görsch Söhne in Stettin; Wodsch in Bromberg; Burre in Schwäbisch-Hall und Umgebung; Seidel in Dels (Schles.); Bursch, Wengler, Fiedler's Nachfol. in Grünberg (Schles.); Worn in Liegnitz; sämtliche Betriebe in Eberbad (Baden) und in Stolz (Pom.).

Zum Streik der Sandsteinarbeiter im Maintal hat die Demobilisationsstelle in Nürnberg den Schiedsspruch für verbindlich erklärt; damit müssen die Unternehmer sich dem Schiedsspruch fügen. Der Streik wird folgedessen im Laufe dieser Woche beendet werden können.

Braunschweig. Am 1. August wurde die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber haben sich nunmehr dem Einigungsantrag gefügt. Der Stundenlohn für Steinmehrer ist von 2 Mk. auf 2.45 Mk. erhöht.

Reinheim (Odenwald). Am 28. Juli kam für die Orte Reinheim, Groß-Bieberau, Wersau, Rodau und Lichtenberg ein Begünstigungsvertrag zum Abschluß; damit sind auch die Differenzen im Granitwerk Wersau erledigt.

Breslau. Durch neue Vereinbarungen vor dem Schlichtungsausschuß wurde eine 10prozentige Lohnaufbesserung erzielt. Stundenlohn für Steinmehrer jetzt 2.20 bis 2.42 Mk., für Hilfsarbeiter 1.35 bis 1.76 Mk., Schleifertinnen erhalten auf den wöchentlichen Verdienst 10 Proz.

Für die Granitsteleierzahlstellen hat der Verbandsvorstand beantragt, daß ab 15. Juli die Zulagen um 20 Proz. und ab 15. August nochmals um 10 Proz. erhöht werden sollen. Der Verband Deutscher Granitwerke wird zu diesem Antrage Stellung nehmen.

Warum hast du dich organisiert?

Weit über fünf Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen sind heute in den Gewerkschaftsverbänden zu imponierender Wirtschaftsmacht vereint. Seit den Tagen der Novemberrevolution sind Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen den Gewerkschaften angeschlossen und haben diesen damit ihr wirtschaftliches Schicksal anvertraut. Der Drang zum Zusammenschluß der proletarischen Kräfte, der schon immer in den Massen erwachte, ist durch die neue Zeit mit ihren politischen Freiheiten zu heller Flamme emporgeholt, in diesen Häufen sind Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften gestoßen und noch immer hält dieser gewaltige Strom an und berechtigt zu den schönsten Zukunftshoffnungen.

Aus diesem großen Zuwachs an Gewerkschaftskämpfern erwächst unseren Gewerkschaftsverbänden eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe. Für sie gilt es, das erworbene Gewerkschaftsneuland zu beackern, die Massen, die voller Vertrauen in die Gewerkschaften strömen, mit richtigem Gewerkschaftsgeist zu erfüllen. Und darum ist es eine unserer wichtigsten Aufgaben, mehr denn je aufklärend zu wirken und unsere neu gewonnenen Gewerkschaftsgenossen zu sagen, warum sie sich organisiert haben.

Warum hast du dich organisiert? Warum fährst du der Drang nach Besserergehen und nach größerer Macht und Kraft in die Gewerkschaft? Das frage ich dich, du neu gewonnenen Freund, und wo du etwa mit deiner Ansicht ins Gedränge kommst, da will ich gern nachhelfen zu deinem und unserem Besten.

Ohne Zweifel willst du, daß es dir besser ergehe. Du willst höhere Lohn und kürzere Arbeitszeit, du möchtest nicht mehr der untergeordnete, immer entlassungsbereite Mensch sein, der widerpruchslos die Anordnungen des Unternehmers als unumänderliches Gesetz betrachtet. „Da bist du auf der rechten Spur.“ Der Zusammenschluß der Gewerkschaft vereint unsere vielen Einzelkräfte zu einer einzigen großen Macht, er setzt alle Sinne und Kräfte zusammen und richtet sie auf das Ziel der Erreichung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, um schließlich die Menschwerdung jedes einzelnen durch die Kraft aller restlos zu verwirklichen. Dazu bedarf es der Organisation, des Zusammenhanges zur Gewerkschaft als ein Sinn, der dem Guten nachhelfen will, als eine Faust, die das Ganze kräftiglich stützt auf dem Wege dem einen Ziel entgegen.

So weit wären wir einig. Ich glaube, daß dich die vorgenannten Beweggründe geleitet haben, als du deinen Verbandsbeitritt erklärtest. Aber begreife nun auch, daß dies nur der rohe Umriß dessen ist, was die Gewerkschaft erstrebt, und daß es noch eingehender Beratung bedarf über das Wie, das ohne Enttäuschung dem Ziele zuführt. Und dieses „Wie“, dieser Weg zum Ziel darf nicht nur mit guten Worten gepflastert sein, ihm muß auch die nötige Ueberzeugungskraft, das Einigkeitstreben, die strenge Solidarität und der freudige Opfermut des einzelnen zur Seite stehen. Der Weg zum Ziel ist nicht ein gut geübter Weg, er ist oftmals steinig und steil und es bedarf mancher Opfer, um sich durchzuringen zur Höhe des echten Menschseins und wahrer Lebensfreude.

Es ist nicht damit getan, daß du ein Verbandsbuch erwirbst und deinen Beitrag zahlst. Du gehörst vor allem auch in die Arbeitsgemeinschaft, um erst zu lernen und später zu lehren und wenn möglich, als Führer voranzugehen auf der Bahn zum besseren Wohlergehen. Und immer muß du bemüht sein, dich leiten zu lassen von dem, was der Gewerkschaft kommt. Sonderwünsche mußt du zurückstellen, im Ganzen fürs Ganze zu streben ist deine Aufgabe.

Alles selbstlos zu arbeiten für die gute Sache ist oberstes Prinzip des rechten Gewerkschaftlers. Da darfst du nicht stehen bleiben bei der primitiven Auffassung über den Sinn der Gewerkschaft, daß deren Zweck einzig und allein ein größeres Stück Brot bedeutet. Ganz gewiß ist das bessere Wohlergehen aller unser steter Leibzorn. Aber hüten mußst du dich, dieses Ziel nur grobmateriellistisch zu betrachten. Denn wisse, öfters kommt es zu einem Fehlschlag, der Stoß mißlingt mehr oder minder und dann wird der, dessen Sinn nur eingestellt ist auf das grobmaterielle und den Augenblicksgewinn, leicht geneigt sein, die Pläne

ins Korn zu werfen und der Bewegung den Rücken zu kehren. Du mußt also die unerschütterliche Ueberzeugung in dich aufnehmen, daß der von dir beschrittene Weg der allein zum Ziele führende ist und daß es ohne die Gewerkschaft nie möglich ist, dauernde Erfolge und Fortschritte durchzusetzen, daß eine Niederlage dich nie entmutigen darf, daß du voll begreifst, trotz alledem das Ziel zu erreichen und daß du aus der Niederlage nur den festen Vorsatz gewinnst, es das nächstmal besser zu machen.

Und nie verliere aus dem Auge die Solidarität mit deinen Weggenossen. Ihr Erfolg ist der deine, ihr Bestreben dein eigenes Wohlergehen. Geht es dem Arbeitsgenossen nicht gut, springe ihm bei mit Rat und Tat, richte den Zögenden auf, ermutige den Zweifler, gehe voran auf der Bahn zum Guten und Vollkommenen. Strebe stets für die Einigkeit, widerstehe dem Streit und der Niedertracht, sieh stets im Weggenossen den Bruder und Helfer.

Und vergiß das Letzte nie: Wo du es besser weißt, da suche es in sachlicher Form und ohne Jank- und Streitlust auf die Gesamtheit zu übertragen. Und gedenke dessen, daß wir vor allem auch besseren Wissens bedürftig sind und keine Mühe scheuen dürfen vorübergehen lassen, um uns fortzubilden in der Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, jener Kräfte, die das Auf und Ab des Wirtschaftslebens bestimmen und von einschneidender Bedeutung sind auf unsere gewerkschaftliche Tat. Wir müssen erkennen und unterscheiden lernen das Durchführbare vom zur Zeit Unmöglichkeit. Wir dürfen in der Gewerkschaft nie auf Sand bauen. Klar erkennen müssen wir jede Situation, das Mögliche herausheben und durchsetzen, das Bessere, aber zur Zeit Undurchführbare aufschreiben und vorbereiten. Nie soll des Gefühls, der Verstand soll entscheiden. Wenn das geschieht, bleibt uns manche Augenblicksentscheidung erspart.

Aus letzterem dürftest du ersehen, daß es in der Gewerkschaftsbewegung nicht nur zu kämpfen, daß es auch zu lernen gilt. Zu lernen, um den Kampf erfolgreich zu gestalten, zu lernen, um die Niederlage zu vermeiden und in steter Ausdauer auf ununterbrochenem Etappenwege dem Ziele zuzustreben mit klarem Blick und nie verlassender Kraft. Kämpfe, aber lerne zugleich. Höre auf die, die in der Gewerkschaftslehre die jahrzehntelange Erfahrung für sich haben. Sie sind gestählt im Wind und Wetter der Gewerkschaftskämpfe, haben vieles erfahren und gelernt und ihre starken Köpfe bilden den Kompaß der Bewegung.

Warum hast du dich organisiert? Um vorwärts zu streben mit beinahe gleichen für deine wirtschaftliche Besserstellung. Um ein zuverlässiges Glied zu werden in der Kette des proletarischen Befreiungskampfes. Um Ueberzeugung zu gewinnen, um zu lernen an Aufbau und Ausbau des Wirtschaftslebens und dadurch die der Bewegung günstigen Umstände der Gewerkschaft nutzbar zu machen.

Du hast dich entschlossen, der Gewerkschaft beizutreten. Nun strebe, lerne und kämpfe zugunsten des Ganzen. Sei nie wankelmütig und immer hilfsbereit. Denke nie nur an dich, strebe fürs Wohl des Ganzen. Vermeide Mißgunst und Streit, es schadet; fördere überall die Brüderlichkeit und Einigkeit, das ist die Grundlage erfolgreichen Wirkens. Handle immer als Mensch und als Kämpfer. Mensch sein heißt Kämpfer sein. Und ein vollkommener Mensch und ein klarer Kämpfer zu werden, deshalb hast du dich organisiert!

Aus den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1918.

Bevor der jährliche Verwaltungsbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft zur Ausgabe gelangt, bringt deren Zeitschrift einen Auszug aus den Berichten ihrer technischen Aufsichtsbeamten; der in gedrängter Kürze nicht nur ihre Tätigkeit registriert, sondern vor allen Dingen besonders kräftige Vorkommnisse auf dem Gebiet der Unfallverhütung und den Unfällen selbst behandelt. Der Bericht wird — abgesehen man die Empfindung hat, daß er dem Unternehmern nicht allzu sehr auf die Füße treten will — sicher von den Steinarbeitern mit Interesse gelesen werden. Denn die Berufsgefährden lassen sich von der Tätigkeit des Steinarbeiters nicht trennen; besonders unsere Kollegen in den Steinbrüchen sind dauernd, solange sie im Betrieb arbeiten, der Gefahr von Leib und Leben ausgesetzt. Die einzelnen bedauernden Unfälle, die Jahr für Jahr nebst ihren Ursachen durch den Bericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft zu unserer Kenntnis gelangen, sollten deshalb möglichst allen Steinarbeitern bekanntgegeben werden, damit sie zur Verhütung und vor allen Dingen zur richtigen Beachtung der Unfallverhütungs-Vorschriften beitragen. Es ist schon in früheren Jahren an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß es notwendig ist, dieser wichtigen Materie auch in den Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften der Kollegen mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Wir werden aus dem Bericht, soweit er uns als Steinarbeiter betrifft, das wesentliche herausheben; die Kollegen werden daraus ersehen, wo die Unfälle gegen eine vorschriftsmäßige Betrieb zu finden sind und wie weiter Verantwortung tragende Personen oft mit einem geradezu bedeutenden Leichtsinn mit ihrem eigenen und dem Leben anderer spielen. Das Wort Verantwortung auch im weitesten Sinne gedacht! Der Verlust einer Arbeitskraft oder nur deren Verminderung bedeutet heute mehr denn je für die deutsche Volkswirtschaft einen Kapitalverlust; abgesehen davon, daß er für die Angehörigen des Verunglückten in den meisten Fällen Zerstörung aller Lebensfreude bringt. Die Beachtung aller einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften kann deshalb nicht oft genug empfohlen werden.

Unter Abgabe eines Beschlusses, daß der Ausgang des Weltkrieges alle Vermutungen und Störungen weiter vertieft hat, die schon während der Dauer des Krieges sich im Betrieb der Steinbrüche und Arbeitsanlagen der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft fühlbar geltend machten. Kohlenmangel und Transporterschwierigkeiten gelangten einzelnen Betrieben, was gegenüber den Anträgen, ihren Betrieb teilweise einzustellen. Der Mangel an dem nötigen Kapital, Schmelzen und Schweißern hatte insofern nachteiligen Einfluß, als in Betrieben und größeren maschinellen Einrichtungen fehlende Schutzrichtungen nur ganz notwendig und nicht immer wünschenswert angebracht werden konnten. Trotz aller erschwerenden Umstände besonders in der Einräumung des Eigenbedarfes und dem Fehlen anderer Verkehrsmittel sei die Arbeitsleistung in unklarer großer Umfang aufrechterhalten worden.

Die Hilfe der Polizeibehörden in der Person der (Sektion Württemberg, Baden, Hohenzollern) zur Ermöglichung der Durchführung von Unfallverhütungsvorkehrungen in einem Betrieb in Anspruch nehmen, in welchem trotz wechsellagerter Vorrichtungen den berechtigten Verlangen zur Befreiung gefährlicher Arbeitsver-

hältnisse und vorschriftsmäßigen Instandsetzung der Bruchwände keine Folge gegeben wurde. Die Polizeibehörde gab sofort die erbetene Unterstützung.

Von den ordentlichen Gerichten wurden beide Beamte der Sektion III (Elsass-Lothringen, Rheinpfalz, Odenwald) als Gutachter in folgendem Fall gehört: Dem Angeklagten, Bruchmeister eines großen Steinbruchsbetriebs, war zur Last gelegt, durch Nichtbefreiung loser Massen an den Bruchwänden einen schweren und einen tödlichen Unfall fahrlässigerweise verschuldet zu haben. Das Gericht verurteilte ihn in dem einen Fall zu 30 R. Geldstrafe und in dem anderen zu einer Woche Gefängnis. Nach dem dieser Bruchmeister wegen des gleichen schuldhaften Verhaltens, das ebenfalls zu einem Unfall führte, schon einmal richtige Bestrafung erhalten hatte und aus diesem Anlaß ihn sowohl als auch der Firma im Wiederholungsfall Strafmassnahmen des Sektionsvorstandes angedroht worden waren, sah sich die Strafkommission voran, nunmehr gegen den Bruchmeister bzw. gegen seine Firma für die aus beiden Unfällen erwachenden Aufwendungen Ersatzansprüche zu erheben. Infolge der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Elsass-Lothringen mußte von der weiteren Verfolgung der Angelegenheit vorläufig abgesehen werden.

Man beachte in dem vorstehenden Fall die geringen Strafen, die auf keinem Fall erzieherisch wirken können. Einem solchen Manne müßte jede Tätigkeit an verantwortungsvoller Stelle untersagt werden.

Der Beamte III b hatte sich auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft über die Schuldfrage des folgenden tödlichen Unfalls gutachtlich zu äußern: Ein am Rhein gelegener größerer Kalksteinbruchbetrieb läßt das Rohmaterial in Rollwagen mit Lokomotivantrieb aus dem Bruch zum Abnehmer fördern. Hier werden die Wagen nacheinander vom Zuge abgekuppelt und auf 4 Ladebrücken bis über den Schiffstrahl gebracht, um entleert zu werden. Bei geringer Neigung der Ladebrücken geschieht das Verbringen der Rollwagen vom Ufer zum Schiff (Entfernung etwa 20 Meter) durch einen Arbeiter, der die Wagen mühelos abbremst. Bei größerer Neigung der Brücken werden sie an einem Seil befestigt und mittels eines mit Sandbrennen versehenen Gassels die schiefe Ebene hinuntergelassen. Zur Zeit des Unfalls war der erste Fall gegeben. Ein Arbeiter brachte einen mit einer festen Bremse versehenen Rollwagen vom Ufer aufs Schiff. Statt nun rechtzeitig abzubremsen, ließ er den Wagen aus Spielerei laufen und in immer höherer Geschwindigkeit kommen, um ihn erst kurz vor dem Ziel abzubremsen, wofür er schon mehrmals an den dem Unfall vorhergehenden Tagen von der Betriebsverwaltung bestraft worden war. Dort, wo der Wagen aufs Schiff kam, riefte nun der Arbeiter vom dem Wagennamen ab, ließ einige Schritte hinter dem davonrollenden Wagen nach und sprang dann trotz der vom Ufer aus erfolgten Warnungsrufe, ihn laufen zu lassen, wieder auf, um ihn abzubremsen. Ob er das nun nicht mehr hat erreichen können, oder ob er in der Aufregung die Bremse aufstakt zugebrocht hat, konnte nicht festgestellt werden; der Wagen lief mit voller Wucht gegen das am Gleisende angebrachte Rastholz, überschlug sich und stürzte in den Rhein. Der Arbeiter flog im großen Bogen über den Wagen hinaus und extrakt in den Fluten, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte. Der Unfall war auf eigenen Leichtsinn zurückzuführen, eine Schuld dritter lag, nach dem Gutachten, nicht vor.

Ohne Unterlaß wurden Unternehmer wie Versicherte auf die besonderen Eigenschaften der zahlreichen Sprengstoffe und auf ihre Handhabung aufmerksam gemacht und letztere bei jeder sich bietenden Gelegenheit praktisch vor Augen geführt. Der Erfolg dieses Vorgehens war vielfach deutlich erkennbar. In der Mehrzahl der Betriebe hat man sich an die Sprengstoffe gewöhnt und gute Leistungen damit erzielt, so daß einzelne derselben wohl auch in normalen Zeiten in den Betrieben beibehalten werden. Zur Ueberwachung der Betriebe wird gesagt, daß viele Betriebe eingestellt waren wegen Mangel an Aufträgen oder Arbeitern. Die Arbeitsverhältnisse haben sich im Berichtsjahre gegenüber dem vorhergehenden noch mehr verschlechtert und in den noch aufrechterhaltenen Betrieben kam als Ersatz außer allen Dingen jugendliche und weibliche Arbeitskräfte in fortschreitendem Maße zur Einstellung. Häufig zu beanstanden war in Steinbrüchen wieder die ungenügende Befreiung des Abbaus, die Benutzung von Leitern mit ungenügenden Sprossen, das Fehlen von Schutzgittern und mangelhafter Belag auf Förderbrücken, Gerüsten und Treppen, die unvorschriftsmäßige Verwendung von Sprengstoffen und deren Beförderung zur Verarbeitungsstelle, in Fabrikbetrieben der mangelhafte Schutz der Bahn- und Winkelräder, der Eingriffstellen an Laufrollen, an Sortier- und Waschtrommeln usw.

Der zur besonderen Beachtung für die im unteren Maintal mit Unterhöhlungsarbeit betriebenen 11 Sandsteinbrüche angeordnete amtliche Bruchmeister hat in 9 Betrieben 53 Befreiungen vorgenommen, bei denen in 5 Fällen die vorschriftsmäßige Befreiung des Berges, sowie des loien Gebietes an den Bruchwänden, in 4 Fällen die Befreiung weiterer Flächen und das Befreiigen von Verkehrsbehindernissen anzuordnen war; ferner war in 2 Fällen die unvorschriftsmäßige Ueberwachung der Sprengstoffe zu beanstanden.

Der durch den Krieg hervorgerufene große Mangel an Baumaterialien wurde in den Betrieben der Sektion II (Württemberg, Baden) allgemein sehr unangenehm empfunden, aber trotz dieses Mankens mußte des öfteren den Unternehmern nahegelegt werden, mit dem wenigen das sie erhielten, sorgfältiger und laubender umzugehen. In einem Falle waren die Verbandmaterialien in loses Zeitungspapier einwickelt und in einer Metallkiste aufbewahrt. In Verhandlungen über Mängel der Befreiungen und in massiven Betrieben war in dieser Sektion II sehr oft Anlaß.

Unzureichende Befreiung des Abbaus, unrichtig angelegte Abau von Bruch- und Grubenwänden, deren unanbarer Zustand, mangelhafte Gerüste, Lauf- und Förderbrücken, fehlende Schutzgitter, unvorschriftsmäßige Ueberwachung der Sprengmittel, fehlendes oder den Vorschriften nicht entsprechendes Schutzelemente, Nachhalten der Wurzeln bei Abstellen von Bergarbeiten.

Auch in der Sektion III kam aber von einer Befreiung der früher wahrgenommenen Mängel gesprochen werden. Dieser Mangel stehen in ursächlichem Zusammenhang mit der Ueberwachung der Befreiungen, andere aber hätten sich beim richtigen Befreiung für die Unfallverhütungsvorschriften sowie für unrichtige Maßnahmen vermeiden lassen. Bei der Sprengstoffausgabe im Berichtsjahre die unvorschriftsmäßige Lagerung von Sprengstoffen ganz besonders bemängelt werden, auch hinsichtlich der Benutzung des Signalfornis leider recht häufig. Das Befahren

Die geschiederten Verhältnisse unter der früheren Direktion will ich nicht eingehen. Es soll nur gesagt werden, daß die jetzige Leitung nicht, wie es nach dem Artikel den Urteilen gewonnen könnte, den unberechtigt hohen Gewinnen des Griffelhandels glänzendem Aufsteig zuzurechnen ist.

1. Das Zahlenbeispiel kann nicht verallgemeinert werden, da nicht an allen Orten ein Verdienst von 10 M. möglich ist. Auch erhielt kein hiesiger Händler 500 Wille, sondern einer 300, zwei 320 Wille, die übrigen weniger, bis zu 40 Wille herab. Innerhalb sind ganz bedeutende Gewinne erzielt worden, seit etwa einem Jahr. Die Direktion hat zunächst die Preise für die abgegebene Rohgriffel um circa 100 Prozent erhöht und die folgenden Maßnahmen ergriffen.

2. Um eine Begünstigung einzelner Händler durch „gute Freunde unter den Angestellten“ zu verhindern, ist jedem Händler durch die Direktion ein bestimmtes monatliches Kontingent zugewiesen, das in Zukunft auch nach Sorten spezifiziert wird. Außerdem ist in der Stellenbesetzung unter den Angestellten eine Veränderung eingetreten.

3. Um die hohen Gewinne, die bei Abnahme von Rohgriffeln und Veredelung derselben in der Regie der Händler gemacht werden, zu mindern, wurde die ganze Veredelung ab 1. Juli durch den Staatsbetrieb übernommen; die Übernahme zwar auf 3 Monate verteilt, so daß die Maßregel bereits Ende September durchgeführt sein wird.

4. Um die direkte Abgabe der Griffel an Großhändler zu vergrößern, wurde den hiesigen Händlern das erwähnte Kontingent für Juli bereits um 20 Prozent wieder gekürzt. Einer Anzahl von jungen Leuten, die neben ihrem Beruf in Griffelhandel, wurde ihr Kontingent völlig gestrichen.

5. Der Staat zahlte bisher außer dem genannten Tagelohn auch Lernerszulagen und Kinderbeihilfen, die sich monatlich auf 18 M. für Ledige; 35.00—158 M. für Familienmitglieder beliehen. Eine Lohnerhöhung steht bevor.

Direktor der Staats-Griffelbrücke.

Jeder Kleinigkeit wurden Strafen verhängt von 50 Pf. bis 3 M. Nach dem Kriege kamen einzelne Strafen zur Anwendung. Eine sogenannte „Geschäftswohlfahrtskasse“ hatte die Strafgebeten ein. Wie steht es nun mit den „hohen“ Löhnen? Von 66 Arbeitern belamen in der letzten Zeit 30 Arbeiter pro Stunde 1.15 M. Gehalt, es keine 25 Pf. mehr wie vor der Kriegszeit, aber im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten sind die Löhne von 1.15 M. keineswegs zu hoch; sie gestatten nur der anderen Seite nicht den sonst üblichen Profit einzuflecken. Bei den Verhandlungen über die Löhne hatten die Firmen Leimbach und Stein in Schwereinfuhr uns diesen selbst geboten. Es sind dieses auch Unternehmungen, die etwas mehr Verständnis für die Lage der Arbeiter befanden. Die Bischofsheimer Steinarbeiter haben auch den Wunsch, daß das Bafaltwerk in solche Hände übergehen möge, die im Arbeiter nicht nur das Ausbeutungsobjekt sehen.

Geminnis. Am 10. Juli fand in der Arbeiterbörse eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Die vorgetragene Vierteljahresabrechnung, die mit einem Kassenbestand von 485.13 M. abschließt, wurde laut Revision für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Den in den Großhandelsgeschäften tätigen Kollegen wurde zur Kenntnis, daß ihre Forderung auf Entlohnung wie sie der Steinestatist vorseht, für eine Eingabe an den Schlichtungsausschuß zur Zeit noch nicht entschieden, jedoch in den nächsten Tagen das Urteil zu erwarten ist. Allgemeine Entrüstung rief ein von den Marmorgeschäftsinhabern gefertigtes Antwortschreiben hervor. Am 2. April hatten wir mit diesen Herren in 3 Sitzungen einen Tarif für die in den Marmorwerken beschäftigten Kollegen abgeschlossen. Infolge der unwürdevollen und noch immer steigenden Lebensmittelpreise sahen sich die Kollegen gezwungen, erneut Forderungen einzureichen, um in Form einer gerechten Lernerhöhung von 25 Prozent einen Ausgleich herbeizuführen. — Jamohl, dies erkennen diese Herren auch an, sagen auch großmütig in ihren Schreiben: Unsere Arbeiter sollen denen in anderen Berufen nicht nachsehen; jedoch bewilligen? — nein, das können sie nicht, wenigstens nicht jetzt, sie voten 15 Prozent für Verheiratete und 10 Prozent für ledige oder alleinstehende Arbeiter. — Jedoch das wichtige aus diesem Kuriosum vor. Schriftstück. Nachdem sie die Forderung 3 Wochen unbeantwortet ließen, verlangen sie, daß sich unser Korrespondent erst bei ihnen legitimiert bzw. daß der Zentralvorstand der Steinarbeiter Deutlichst ihnen den Bevollmächtigten bekannt gibt. Und all dies erlauben sich diese Herren, obwohl sie vor 4 Monaten den Tarif mit dem Vorstehenden der Zahlstelle abgeschlossen haben! — Nun, die Versammlung gab ihnen die richtige Antwort. — Am 11. Juli hatten sie sich zu erklären, ob sie am 1. Juli mit uns gemeinsam verhandeln wollten oder nicht. Und dies haben sie nun zugestimmt — also: Anerkennung unseres Vertrauensmannes! Es können einige der Herren sich immer noch nicht der jetzigen Verhältnisse anpassen, sie suchen nach Unterlagen in der Kumpellammer-Vertragszeit.

Hungenberg. Am 29. Juni tagte eine von sämtlichen Mitgliedern besuchte Versammlung mit der Tagesordnung: Bekanntgabe der Verhandlungen am 28. Juni vor dem Schlichtungsausschuß in Passau. Kollege Jäger von Hungenberg berichtet über die Verhandlungen in ausführlicher Weise. Die Kollegen sagten ihm Dank für seine Bemühungen. Es wurden uns zugesagt 150 Prozent mit Rückwirkung vom 1. Juni an. Den Arbeitgebern wurde das Vertrauen geschenkt, die zugesagten 150 Prozent ohne weitere Streitigkeiten auszusahlen. Bis zum 15. Juli soll die Angelegenheit geregelt sein. Somit wurde der Streik als beendet erklärt. Es wurde auch der Vorschlag gemacht, den Kollegen Jäger von Hungenberg-Hemeran als Bezirksleiter aufzustellen, weil der Gauleiter Schmidt nicht mehr in der Lage ist, sämtliche Zahlstellen zu vertreten durch die schlechte Bahnverbindung und der überhöhten Arbeit.

Schlicht. Am 15. Juli fand im Gewerkschaftshaus zu Düsseldorf eine außerordentliche fast besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Schiedsspruch über unsere Lohnforderung. 3. Berichtsbüchlein. Zum ersten Punkt gab der Kassierer die Abrechnung bekannt. Aus der sich eine Einnahme von 4672.56 M. ergibt und eine Ausgabe von 1448.80 M. bleibt ein Bestand von 3223.76 M. In der Kassenbuchprüfung ergibt sich eine Einnahme von 2390.05 M., eine Ausgabe von 232.25 M., Bestand 2103.80 M. Zum 2. Punkt gaben Kollege Schiller Bericht über den in Breslau am 10. Juli gefällten Schiedsspruch; von dem die Steinarbeiter mehr erwarteten hatten. Es kam zu einer lebhaften Aussprache darüber, hauptsächlich wurde betont, daß all dies im Schiedsspruch erreicht schon die Verhandlung in Liegnitz ergeben hätte. Sehr lebhaft wurde bedauert, daß wir uns in der vorhergehenden Versammlung durch Beschluß, den Schiedsspruch anzunehmen wie er auch ausfallen mag, die Hände gebunden hätten. Zu Punkt 3 Verschiedenes wurde ein Antrag gegen 2 Stimmen angenommen, bei dem nächsten Tarifabschluß den Zeitlohn einzuführen. Scharf wurde bedauert, daß Verbalten der Kollegen betreffs Einholung des Kassenbuches, und dies betrifft zum größten Teil die Kollegen bei der Firma Thaler und bei der Firma Wölter u. Hilseier, es ist dann kein Wunder, wenn Herr Thaler damit haustieren geht: 1/4 seiner Arbeiter wollten länger arbeiten! Wir glauben es ihm auch recht gern, daß früher das Geschäft viel erträglicher war, wo noch 12—14 Stunden gewundert wurde, aber über diese Zeiten sind wir hinaus, wir sind nicht mehr willens, eine Minute länger als acht Stunden zu arbeiten, das müßten sich auch alle Arbeiter zu Herzen nehmen, denn den größten Nutzen davon hat nur der Unternehmer. Lebhaft bedauert wurde auch, daß es Kollegen gibt, die noch keinem Verbands angehören, noch, daß es Kollegen gibt, die noch keinem Verbands angehören, aber alles, was von unserem Verbands erlangen wird, bereitwillig einstecken. Es wurde darauf hingewiesen, zu versuchen, in den Betrieben alles zu organisieren.

Hohenleuben. Am 29. Juni fand in Brückla beim Kollegen Hesse Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung: Quartalsabrechnung, Wahl eines Vorstehenden und Verschiedenes. Zum Punkt 1: Abrechnung wurde diese von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Vorstand wurde Fritz Amberg einstimmig gewählt. Im Verschiedenen wurde der Antrag angenommen, sich an das Kartell Triebes anzuschließen und als Delegierten Kurt Hege zu senden. Auf Antrag des Kollegen Götzig soll die nächste Versammlung in Steinsdorf stattfinden. Gleichzeitig wurde vom Kollegen Böcher der Antrag gestellt, einen Ausflug mit Kränzchen in Steinsdorf stattfinden zu lassen. Anwesend waren 24 Mitglieder, hauptsächlich ist bei der nächsten Versammlung ein besserer Besuch. Am 22. Juni war der Arbeiterauschuß wieder vorstellig bei der Firma Krebs, bei der eine Lohnerhöhung erreicht wurde von 130—160 M. und gleichzeitig Ferien eingeführt.

Kirchhagen. Am 26. Juli fand hier unsere Quartalsversammlung statt. Bei Eröffnung der Versammlung rügte der Vorstehende den flauen Besuch. Willentlich glaubten die Kollegen durch ihr Fernbleiben ihre Interessen zu fördern. Zum ersten Punkt gab der Kassierer Kollege Lorenz den Kassenbericht vom 2. Quartal bekannt, der von den Revisoren für richtig befunden und ihm von der Versammlung Entlastung erteilt wurde. Zum zweiten Punkt erstattete der Vorstehende Kollege Kraus Bericht über das Ergebnis der letzten Lohnbewegung. Bei der Besprechung wurde das Resultat von den Kollegen als sehr minimal bezeichnet. Die Zustimmung erfolgte nur unter der Bedingung, daß am 15. August weiter verhandelt wird. Sollten sich die Unternehmer wieder so zugespitzt zeigen oder ihre Verkaufspreise nicht so einrichten um uns mehr entgegenkommen zeigen zu können, nehmen wir die Verantwortung für die Folgen ab. Dann wurde beschlossen, daß jeder Kollege laut Statut seinen Beitrag entrichtet. Auch wurde der Ortsvorsitz beibehalten. Dem Gewerkschaftsrat wollen wir bis auf weiteres angeschlossen bleiben und wurde Kollege Träger zum Delegierten gewählt. Mit einem Appell, daß zur nächsten Versammlung jeder Kollege seine Pflicht erfüllt, um einen besseren Versammlungsbericht zu erzielen, schloß der Vorstehende die Versammlung.

Künzelsberg. Am 7. Juli hielt unsere Zahlstelle eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Dieselbe war notwendig geworden, da unsere am 2. Juli stattgehabte Monatsversammlung nicht beschlußfähig war. Vorstehender Kollege Heßler verwies auf die Wichtigkeit der Versammlung insofern, da unser Lohnkartell am 1. Juli abgelaufen und g-kündigt worden war. Gleichzeitig wurden auch die neuen Forderungen besprochen. In der hierauf folgenden Aussprache betonte Kollege Aker die allgemeine Notlage der hiesigen Kollegen.

Dieselben hätten während des ganzen Krieges keinen Verdienst gehabt. So wären im Jahre 1917 die Höchtlöhne 6.80 M. gewesen bei 11 tägiger Arbeitszeit. Er hielt unsere Forderung auf Zahlung einer Entschädigungssumme in Höhe von 300 M. für vollumfänglich gerechtfertigt. Es wurde nun einstimmig beschlossen, diese Forderung ganz durchzubriden, erst durch Streik. Ferner wurde Klage geführt, daß die Kollegen sich noch nicht ganz an den Achtstundentag rüch, 48 Stunden wöchentlich gewöhnen können. Zum Schluß wurde noch die Zwangsarbeit bei dem Rheinisch-Westf. Kalkwerke, Abt. Barmstedt durch Kollegen Kaiser besprochen. Kollege Krehlein schlug vor, daß wir da am besten Selbsthilfe erweisen, indem solche Menschenhinder, wie Betriebsführer und Meister, zur Entlassung gedrängt werden müssen.

Admihl (Zachf.-Meinungen). Am 6. Juli tagte in Roth eine gutbesuchte Versammlung der Zahlstellen Admihl und Gledig am Berg. An Stelle des verhinderten Gauleiter Kollege Lohke-Würzburg hielt Genosse Lohmann Meinungen einen Vortrag mit dem aktuellen Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Referent schilderte in ausführlicher Weise die Entstehung der kapitalistischen Produktion, die Ausbeutung der Arbeiter durch das Unternehmertum, den Zusammenstoß der Arbeiter zu Organisationen, deren Aufgabe es in der neuen Zeit ist, die kapitalistische Produktion zu stützen und an ihre Stelle die sozialistische Produktion zu stellen. In seinem Schlußwort erwähnte Referent noch die Kollegen zu treuem Zusammenhalt. Als weiterer Punkt stand der Bericht der Lohnkommission mit dem Schlichtungsausschuß in Saalfeld zur Sprache. Wenn es auch mit der gemeinsamen Lohnherabsetzung nicht so klappete, so hat doch diese junge Organisation einen guten Erfolg erzielt. Die Kollegen mögen aus den Verhandlungen den Entschluß ziehen, die Organisation noch fester auszubauen und zu tragen, daß es auch die Bafaltarbeiter verstehen, ein festes Bollwerk gegen jegliche Ausbeutung durch die Unternehmer zu sein. Daß nun auch die Organisation der hiesigen Unternehmern ein Dorn im Auge ist, beweist das Auftreten des Bürgermeisters in Admihl. Dieser Herr scheint ganz vergessen zu haben, daß es die Bafaltarbeiter vom hiesigen Bafaltwerk Admihl waren, die die hohen Profite in das Stadtbüchel gebracht haben, infolge ihrer jetzigen schledchen Entlohnung. An Admihl und Schillmann läßt es der „gebildete“ Herr Bürgermeister gegenüber seinen Arbeitern nicht fehlen, das beweist die rege Aussprache der Kollegen. Ein Kollege: „Arbeiterauschuß“ erhielt sogar seine sofortige Entlassung. Nur nicht so sehr aufgeregt Herr Bürgermeister, die Bafaltarbeiter werden auch diesen Schlag zu parieren wissen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Anschluß an das Gewerkschaftskartell Hildburghausen beschlossen, die beiden Zahlstellen zählen heute vereinsamterweise über 120 Mitglieder. Als Kartellbegleiter wurden die Kollegen Hofmann und Käseman gewählt. Ferner wurde noch die Zustände der Krankenkasse getadelt, insbesondere ist die Einführung der Familien-Unterstützung erwünscht. Mit einem Appell an die Kollegen, die Versammlungen für die Folge noch besser zu besuchen, ebens, daß auch neben der Fachpresse die Parteipresse bald in den Wohnungen der Bafaltarbeiter ihren Einzug hält, wurde die interessante Versammlung geschlossen. Nächste Versammlung am 3. August.

Zwingsberg. Da durch die Kommunalwahlen Samstags keine Versammlung abgehalten werden konnte, so wurde die Abrechnung des zweiten Vierteljahres im Geschäft vorgenommen. Der Vorstehende, Kollege Jäger, forderte den Kassierer Kollegen Brandel auf, die Abrechnung vorzulesen. Die Einnahme betrug 353.85 M., die Ausgabe 308.89 M., somit Kassenbestand 44.96 M. Da die Abrechnung von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Zahlstelle hat zur Zeit 37 Mitglieder und ist erfreulicherweise kein Rückstand in den Beiträgen zu verzeichnen. Nachdem noch einige drückende Fragen erörtert wurden, schloß der Vorstehende die Versammlung.

Fürstened. Auf Grund von Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Passau wurde am 29. Juni in Kallened eine Versammlung einberufen. Der Vorstehende Sturm gab den Bericht von der Verhandlung. Von den Kollegen wurden scharfe Worte gesprochen über die letzte Vereinbarung des Gauleiters Schmidt. Zugleich wurde beschlossen, den neugewählten Kollegen Fritz Jäger in Hemerau als Bezirksvertreter anzuerkennen. Ferner gab der Kassierer Kober, Fürstened, bekannt, daß zu der neuerrichteten Zahlstelle Fürstened 5 Betriebe gehören, nämlich Steinhof, Rawling, Altmunzen, Kallened und Steinerleinsbach. Die Zahlstelle zählt jetzt 116 Mitglieder. Bemerkenswert sei noch, daß der letzte Mann im Verband ist. Zum Schluß dankte der Vorstehende Sturm für das Zusammenhalten der Zahlstelle und munterte die Kollegen auf, dem Verbands Standhalten.

Delfern b. Hagen. Auch hier wurde die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation erkannt, circa 15 Kollegen waren zu einer Versammlung am 28. Juni erschienen. Bedauert wurde es, daß leider zu wenige Kollegen dem Rufe Folge leisteten. Kollege Kautz aus Herbede legte kurz die nächsten Aufgaben der Organisation dar. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: Sofort mit den hiesigen Grauwald-Steinarbeitern in Lohnverhandlungen zu treten, um einen günstigen Tarif zum Abschluß zu bringen. Dann muß auch mehr Gewicht darauf gelegt werden, um die hiesigen Kollegen dem Steinarbeiterverband zuzuführen. Sind die Kollegen in verschiedenen Verbänden, ist bei jeder Gelegenheit manches nicht so gut zu regeln im Interesse der Kollegen wie man es gerne möchte und wie es nötig ist. In der nächsten Versammlung wird der Gauleiter erscheinen, wo es dann nach mancher Aufklärung für die Kollegen gibt. Vorläufig wurde sich der Zahlstelle Herbede angeschlossen. Die nächsten Versammlungen werden hoffentlich besser besucht werden.

Langenstheim. Am 20. Juli 1919 fand in der Hüttlingerischen Gastwirtschaft eine Mitgliederversammlung statt. Dieselbe war ausnahmsweise wieder einmal gut besucht. Zur Tagesordnung stand die Lohnbewegung in unserem Lithographienbetrieb. Der Vorstehende Joh. Rauh gab den an die Demobilisierungsstelle eingerichteten Tarif bekannt. Die Kollegen waren mit der Aufstellung desselben vollständig einverstanden. Einer scharfen Kritik wurde die wiederholte Verhinderung der Verhandlungen von Seiten der Demobilisierungsstelle unterzogen. Es wurde beschlossen, daß wir zu dem am 28. Juli vorgesehenen Verhandlungstermin am 25. keine Einladung erhalten haben, die Arbeit am 28. Juli nicht wieder aufgenommen wird. Ein weiterer Antrag, betreffs einer gemeinschaftlichen Versammlung am Tage nach den Tarifverhandlungen wurde dahin erledigt, daß dieselbe bei günstiger Witterung im Freien an einem noch zu bestimmenden Ort, dagegen bei ungünstiger Witterung in der Genossenschaft stattfinden soll. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, unsern demnächst aus der Gefangenenschaft zurückkehrenden Kollegen eine kleine Unterstützung zu gewähren. Es werden zu diesem Zweck Sammelkisten aufgestellt und an die Kollegen das Ersuchen gerichtet, sich an der Zeichnung recht reichlich zu beteiligen. Nachdem damit die Verhandlung erschöpft war, wurde die Versammlung geschlossen.

Hilgersdorf. Am Sonntag, dem 19. Juli, abends 8 Uhr tagte in Hilgersdorf unsere zweite Quartal-Versammlung. Kassierer Hoffmann erstattete den Kassenbericht, welcher von den Revisoren geprüft und als richtig befunden wurde. An Stelle des Gauleiters war Kollege Sturm erschienen. Eine Aussprache fand statt über Volksfürsorge bzw. Versicherung auf dem Lande, und über ein Gewerkschafts-Vergnügen. Ferner wurde noch gewählt ein Hilfskassierer und zwei Delegierte. Nach der Versammlung war ein gemächliches Beisammensein.

Eisenach. Hier tagte am 13. Juni unsere Versammlung, die hauptsächlich mit der traurigen Lage der Steinarbeiter beschäftigt, und die außerordentlich hohen Lebensmittelpreise im Vergleich mit den Löhnen von allen Kollegen einstimmig beschlossen, eine Forderung der Unternehmern zu senden, die 50 Pf. pro Stunde für alle hier am Orte beschäftigten Steinarbeiter, zu dem jetzt bestehenden Stundenlohn von 2.00 M. Der Stundenlohn beträgt zur Zeit für Steinarbeiter 1.50 M., für Schleifer 1.40 M. Die Tarifkommission verhandelt nun mit dem Unternehmer Conradus und fordert hier auf freundschaftlichem Wege 30 Pf. zu zahlen, so daß die Steinarbeiter 1.80 M. und Schleifer 1.70 M. bekommen. Außerdem bewilligen die Unternehmer Conradus und Kapp ihren Arbeitern einen Urlaub von 8 Tagen im Jahr unter voller Bezahlung!

Gesetzliche Festlegung über Betriebsräte.

Die Nationalversammlung hat nunmehr die Reichsverfassung endgültig angenommen. Der Artikel 162 dieser Verfassung bestimmt über die „Verankerung“ der Räte im wesentlichen folgendes: „Arbeiter und Angestellte wirken mit den Arbeitgebern an den Lohn- und Arbeitsbedingungen und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mit. Die Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Arbeiter und Angestellte erhalten gesetzliche Vertretungen in Betriebsrätchen, Betriebsratbeiräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Betriebsratbeiräte und der Reichsarbeiterrat bilden mit den Vertretern der Unternehmer und sonst beteiligter Volkstreue Betriebsratbeiräte und einen Reichsarbeiterrat, in dem alle wichtigen Berufsgruppen vertreten sind. Grundlegende sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe sind dem Reichsarbeiterrat zur Begutachtung vorzulegen. Seine Vertreter können an den Reichstagsverhandlungen darüber teilnehmen.“

Eine Vorlage über die Betriebsräte, die jede Einzelheit umgrenzt, ist erneut vom Reichsarbeiterrat ausgearbeitet worden und wird in aller nächster Zeit der Nationalversammlung zugehen; dem folgt dann ein Entwurf über die Betriebsratbeiräte. Sobald diese viel umstrittene Frage in feststehende Form gegossen vorliegt, kommen wir auf diese wichtige Angelegenheit zurück.

Der Ministerpräsident Bauer berührte beide Entwürfe in seiner Programmrede am 28. Juli:

„Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegten Schaffung von Betriebsräten und Betriebsratbeiräten, die in einem Reichsarbeiterrat ihre Spitze finden sollen, entschlossen. In diesen Organisationen sieht die Regierung die aus dem verlässlichen Volk herauswachsenden Instanzen, die Vorbereiter und später Träger der Sozialisierung sein sollen. Die Regierung konnte sich nicht entschließen, diese zukunftsreichen Organisationen von unten herauf durch eine behördliche Reglementierung von oben herunter ihrer Aufgabe und ihres Einflusses zu berauben. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig überwindet. Es befreit nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht. Es führt über das Privatinteresse der Allgemeinheit. Es beendet ein für allemal das Zeitalter der lebendigen Maschine und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbestimmten.“

Korrespondenzen.

Bischofsheim (Röh). Kürzlich brachte der „Steinarbeiter“ die Notiz von der Kündigung und Entlassung von 49 Kollegen des Bafaltwerks Bischofsheim. Die Entlassung wurde seuerzeit mit Kostenaufschlag begründet und den „hohen“ Löhnen. Die Verweisung betrifft später das letztere. Ausschlaggebend sei nur der Brennlofmangel und der Mangel an Aufträgen. Der Gauleiter Kollege Lohke wandte sich in dieser Entlassungsangelegenheit an das Bezirksamt Neustadt a. Saale. In dem Bescheid desselben wird ebenfalls zurückgewiesen, daß die Entlassung wegen den erhöhten Löhnen stattfindet, ferner die Mittel reichen nicht mehr aus zur Weiterführung des Betriebes und weiter komme der Kohlenmangel in Frage. Die Firma plane die Einführung der Leerföhrung, dann könne ein Teil der Arbeiter sich wieder melden. Im übrigen hätten fast alle Arbeiter eigene Landwirtschaft, von einer Kollage könne deshalb nicht auf gesprochen werden. Zu gleicher Zeit erschien in dem Würzburger Generalanzeiger folgende Notiz:

„Ein Zeichen der Zeit. Das Bafaltwerk Bischofsheim, welches über 30 Jahre am Segen der Gegend Bestand, mußte teils wegen mangelnder Kohlenlieferung, schlechter Waagenstellung, namentlich aber wegen der ungeheuren erhöhten Arbeitslöhne seinen Betrieb einstellen, was um so bedauerlicher ist, da viele Bafaltarbeiter brotlos werden.“

Hierin wird direkt zugegeben, daß es namentlich die Löhne sind, die die Entlassung verursachen. Der Generaldirektor des Werks, Herr Karl Weber, hat seinen Sitz in Würzburg, man kann deshalb wohl annehmen, daß er dieser Notiz nicht fernsteht. Die Arbeiter müssen sich vorläufig mit der Entlassung abfinden, auffallend ist jedoch, daß jenen, die in den Werkswohnungen schaffend sind und dem Verwalter das Weiterarbeiten gestattet ist. Daß die heutigen Anforderungen der Arbeiter der Wertleistung gegen den Streich gehen, war schon lange kein Geheimnis mehr. Der soziale Profit, der in den früheren Jahren eingehemmt wurde, ist heute nicht mehr anständig, darum sucht man auf alle Art und Weise eine Milderung. Es wird sicher interessieren, wenn mit wenigen Worten auf die früheren Verhältnisse und die Entwicklung des Betriebes verwiesen wird.

Der Direktor des Werks kam vor 12 Jahren aus Bischofsheim als Arbeiter und fing klein an. Die Stundenlöhne von 18 bis 25 Pf. für die Steinarbeiter gestatteten ihm, sich auf Kosten dieser zu bereichern, so soll er in 5—8 Jahren sich mehrere Millionen auf die Kante gelegt haben. Der Bafaltberg wurde von der Gemeinde auf 30 Jahre gepachtet. In der Röh ist keine Industrie, die Armut dort weit und breit bekannt, die Arbeiter mit dem Wissen der Organisation vor dem Kriege zu wenig bekamt, deshalb war es auch nur möglich, daß dort zu billiger gearbeitet wurde. Im Afford wurde vor dem Kriege für das Aufsteigen 25—15 Pf. bezahlt und die Arbeitskraft bis auf Tischelfchen ausgenutzt. Weil keine andere Arbeitsgelegenheit vorhanden, arbeitete alles, was keine eigene Wirtschaft besaß, im Bafaltwerk, Vater, Sohn und Enkel. Jetzt sind sie arbeitslos! Erfahrungen können auf Grund der früheren Entlohnung nicht gemacht werden, während der Herr Direktor sich in Würzburg mit seinen „schwer erarbeiteten“ Millionen ausruht. Es ist ein kapitalistisches Bild zum Ansehen, welches schlagend beweist, daß die Arbeiterkraft sich zu lange in dem Joch befunden hat und leider nicht soviel Energie aufbringen konnte, um das Joch erträglicher zu gestalten. Wegen

Memmingen. Der hiesige Arbeiterrat war mit einem Schreiben an die Steinmetzmeister herangetreten, um für die Kollegen eine bessere Bezahlung zu erzielen. Die Folge davon war, daß uns zum Teil gekündigt wurde. In einem Brief wurde der Stundenlohn um 20 bezw. 30 Pf. pro Stunde, aufgeführt, so daß die Steinmetzen jetzt dort 1.80 M. pro Stunde haben. Eine andere Firma lehnt stark jede Aufbesserung ab und schimpft auf die „Besser“. Vielleicht bringen wir durch einen Schiedspruch diese Firma, wie überhaupt die hiesigen Arbeitgeber in die nötige Fassung. Die eine Firma hat ihren Sitz in Memmingen und beruft sich auf die dort gezahlte Löhne. Vielleicht rühren sich unsere Kollegen in Memmingen, damit das „Borbildliche“ wirklich den Verhältnissen des Lebens entspricht.

Weren (Westfalen). Am 6. Juli 1919 fand unsere Mitgliederversammlung statt. Es wurde ein Kollege aufgenommen. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Dieselbe war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Weiter wurde die Wahl eines Vorstehenden und eines Revisors vollzogen. Vorstehender wurde Kollege Steger, Revisor Kollege Heilmann. Ferner wurde beschlossen, pro Monat 20 Pf. für die Postkasse zu erheben, auch soll an durchreisende Kollegen 1 M. Reiseunterstützung gezahlt werden.

Rundschau.

Fehlbarkeit eines Kassierers? In Mauer in Schlesien verunglückte ein Kollege dadurch, daß ihm ein Steinpflaster ins Auge schlug. Der Betreffende ist kein Steinschläger, braucht bei seiner Berufstätigkeit keine Schutzbrille zu tragen; die Verletzung erfolgte durch die Tätigkeit eines in seiner Nähe arbeitenden Steinjägers. Der Kassierer erklärte nach Untersuchung, die Sache sei nicht so schlimm, der Kollege konnte ruhig weiterarbeiten. Am folgenden Tage verschlimmerte sich die Augenverletzung derart, daß eine Ueberführung ins Krankenhaus sich nötig machte und das Auge entfernt werden mußte. Da es sich um ein mitgeteilt wird, Lebensgefahr vorhanden ist. Aus diesem Einzelfall ist zu ersehen, wie oberflächlich oft gehandelt wird; und wenn sich herausstellt, daß es Fehlbarkeit des Kassierers war, wird die Angelegenheit jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel zeitigen.

Rückwärts. Die neueste Verordnung des polnischen Gouverneurs bestimmt, daß in Polen die Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden erhöht und der Lohn um 25 Prozent gekürzt wird. Damit sind die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Erzeugnisse der Arbeiterklasse, das Getreide, die deutsche Organisations, ohne weiteres erledigt. Es ist der Segen der neuen Kultur in der polnischen Republik. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne. Untere Gewissen, die durch die polnische „Erhebung“ von uns getrennt worden sind, werden es bitter empfinden.

Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen. Dem Reichsarbeitsministerium sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langem Erledigung von Anträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die Beschwerdeführer sind meistens vielfach der Ansicht, es handle sich bei der Verbindlichkeitsklärung nur um eine Formalität, die binnen weniger Tage erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unvorsichtige Handhabung die bedenklichsten Folgen zeitigen könnte. Regelmäßig werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und häufig gerade von dem wirtschaftlich stärksten Teile abgelehnt. Die am Abschluß Beteiligten nehmen naturgemäß in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht, was ja insofern berechtigt erscheint, als der Tarifvertrag zunächst lediglich für sie selbst verbindliche Kraft besitzt. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifvertrag nun aber zwingend auf den ganzen Berufsstand erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der am Vertragsschluß nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Industriezweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher, bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die an sehr zahlreichen Einwendungen auf ihre Berechtigung prüfen. Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten sachkundigen Stellen gehörend zu Wort kommen. So notwendig auf der einen Seite eine mögliche Beachtung des Verfahrens erscheint, so wichtig ist auf der anderen Seite die Zurechnung der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnelleren Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliederzahl interessiert und ernstlich zu Verhandlungen bereit sind.
2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.
3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.
4. Dem Antrag muß die Urdrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vorzulegenden Veränderungen oder Ergänzungen beigelegt werden. Die Beilegung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.
5. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich momentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien sofort Unterlagen überreichen, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei z. B. gutachtliche Äußerungen von Gemeindebehörden, Handelskammern oder Gewerkschaften, Vorlage von Mitgliederverzeichnis und ähnliche Nachweise in Frage.

Knechtung von Konsumvereinen. Bei Knechtungen von Konsumvereinen ist äußerste Vorsicht und genaueste Prüfung der Verhältnisse geboten. Übertriebene Gründungen haben allzuoft zum Gegenstand des Unrechts geführt. Die Sekretariate der Konsumgenossenschaftsverbände sind die besten Berater in allen Verbraucherangelegenheiten. Man werde sich mit keinem Kunden um Rat und Beistand jeweils an eine der folgenden Stellen:

Der Verband deutscher Konsumvereine umfaßt das linksrheinische Rheinland. Sekretariat des Verbandes: Bonn, Hauptstraße 10.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten umfaßt die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien. Sekretariat des Verbandes: Potsdam, Hauptstraße 36, Hauptstadt, Buchs 19.

Der Verband norddeutscher Konsumvereine umfaßt die Provinz Sachsen, die Provinzen Hannover, Hessen und Westfalen. Sekretariat des Verbandes: Hannover, Hauptstraße 10.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten umfaßt die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien. Sekretariat des Verbandes: Potsdam, Hauptstraße 36, Hauptstadt, Buchs 19.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten umfaßt die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien. Sekretariat des Verbandes: Potsdam, Hauptstraße 36, Hauptstadt, Buchs 19.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten umfaßt die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien. Sekretariat des Verbandes: Potsdam, Hauptstraße 36, Hauptstadt, Buchs 19.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten umfaßt die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien. Sekretariat des Verbandes: Potsdam, Hauptstraße 36, Hauptstadt, Buchs 19.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten umfaßt die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien. Sekretariat des Verbandes: Potsdam, Hauptstraße 36, Hauptstadt, Buchs 19.

Köln. Sekretariat des Verbandes Thüringer Konsumvereine: Erfurt, Nordhäuser Straße 115.

Allgemeine Bekanntmachungen.
Nürnberg. Das Mitgliedsbuch Nr. 1858 auf den Namen Wilhelm Müller, Steinmetz, geb. zu Randersacker, ist dem Kollegen nebst anderen Sachen aus dem Berliner Bahnhof gestohlen worden. Der Diebstahl wird gemeldet. Bei Vorzeigen des Buches möge das Nähere dem Kollegen mitgeteilt werden. M. Blau, Kass., Steinstr. 2.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Es häufen sich die Anträge, daß bei der Durchführung von Teuerungszulagen die einzelnen Zahlstellen die entstandenen Kosten der Hauptkasse aufbürden möchten. Wir müssen betonen, daß alle diese Anträge zur Ablehnung gelangen, denn nur beim Abschluß von Bezirksstarifen ist die Hauptkasse verpflichtet, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Die Kosten, die bei örtlichen Verhandlungen entstehen, haben die Zahlstellen selbst zu tragen.

Daselbe trifft auch zu für die Vertretungen vor den Schlichtungsausschüssen.

Wir machen die Zahlstellen auf die Erhebung von Lokalbeiträgen erneut aufmerksam. Die Ortsverwaltungen haben die Verpflichtung in den Versammlungen dementsprechende Anträge zur Annahme bringen zu lassen. Der Lokalaufschlag soll höchstens 10 Pf. betragen.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die gefällten Schlichtungsausschüsse in Abschrift einzuliefern zu wollen.

Von folgenden Zahlstellen stehen die Abrechnungen vom 2. Quartal noch aus. Um recht baldige Einfindung wird gebeten.

- 2. Gau: Düren-Randorf, Wülfe-Giersdorf, Groß-Kunzendorf;
- 3. Gau: Beermalder Wühle, Beermalder; 4. Gau: Königslutter, Wiegendorf; 5. Gau: Lirer, Wehlar; 6. Gau: Kaiserslautern;
- 7. Gau: Schwarzenbach; 8. Gau: Ansbach, Wertheim.

Von einzelnen Zahlstellen wird wiederholt Schreibpapier, Briefumschläge usw. verlangt. Es diene zur Kenntnis, daß wir solche Schriftmaterialien nicht liefern, sondern die Ortsvereine müssen es sich selbst besorgen!

Adressenänderungen.

III. Gau.
Jöhli, l. Ergsb. Vorj.: Max Güttner, Freiburger Str. 97c.

VI. Gau.
Heslach (Bad). Vorj.: Karl Sahl, Kass.: Anton Himmelsbach.

Gutenstein (Bad). Vorj.: Alois Fried, Bismarck Amt Wehlar.

Kass.: Konrad Rebold.

Kaiserslautern. Vorj.: Georg Fild, Karl-Theodor-Platz 4, Kass.: Daniel Reß, Schützenstr. 98a.

VII. Gau.
Blumberg. Post Rothmähling (Oberpf.). Vorj.: Rupert Hillmann, Kass.: Josef Hunger, Rothmähling, Post Rothmähling.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 18. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Privatbergregale. Von Otto Hue. — Der Gesekentwurf über die Organisation der Betriebsräte. Von Dr. Gg. Flotow I. — Die Zukunft unserer Jugendbewegung. Von Dr. Richard Schumann. — Zur Agrar-, Siedlungs- und Bevölkerungspolitik. Von Arthur Heiden. — Aus unserer Bücherei. Von Arthur Steiger. — Literarisches Rundschau: Köpfe und Tröpfe. Von Edgar Holzmahd. Der Völkerrundgedanke. Von H. Fehlinger. Belgiens Volkswirtschaft. Von O. L.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 6.50 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge und Krankenwesen, herausgegeben von Dr. B. Chajes in Berlin-Schöneberg und Geh. San.-Rat Dr. Rabnow, Stadtrat für kommunale Hygiene in Berlin-Schöneberg. Jährlich 12 Hefte. Preis vierteljährlich 7.50 M. und 50 Pf. Porto. Probenummer 2.50 M. Berlin 1919. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9.

Das erste Heft dieser neuen Zeitschrift ist soeben erschienen. Wenn der Verlag „Gesellschaft und Erziehung“ in diesen unruhigen Zeiten es unternimmt, eine neue großangelegte Monatschrift herauszugeben, so tut er es im Hinblick auf das allgemeine Bedürfnis, eine Stätte zu schaffen, in der das Gebiet der sozialen Hygiene, des Fürsorge- und Krankenwesens behandelt werden soll. Es erscheint heute notwendiger denn je, alle Bestrebungen zu fördern, welche der Erhaltung und Hebung der durch den Weltkrieg so unendlich erschütterten Volkskraft dienen. Die Mitwirkung der besten Kräfte auf dem Gebiete der sozialen und allgemeinen Hygiene und der anerkannten Verwaltungsbeamten und Lehner bürgen dafür, daß die einschlägigen Gebiete auch in multigültiger Weise bearbeitet werden. Eine Reihe von Original-Artikeln geben wertvolle Anregungen, z. B. von Ministerialdirektor Prof. Dr. Göttsche: „Ausblick in die Zukunft der sozialen Hygiene“, Prof. Dr. Grothmann: „Der Begriff des Sozialen in Medizin und Hygiene“, Ed. Fischer: „Das Zeitalter der sozialen Hygiene“, Landesrat Wagner: „Die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge“, Oberstleutnant Dr.-Ing. Ruppel: „Die Aufgaben des Krankenhauses unter den jetzigen Verhältnissen“, Stadtarzt Prof. Dr. A. Thiele: „Der Einfluß des Krieges auf die Gesundheit der Kinder“, Prof. Dr. Walter Kassel: „Zur Umgestaltung der Sozialversicherung“, Direktor Albert Kohn: „Die Umgestaltung der fassenärztlichen Versorgung in Groß-Berlin“, Staatssekretär E. Graf Schmidt ferner die Organisation des Ministeriums für Volkswohlfahrt in Preußen. Im zweiten Teil des Heftes ist eine Zusammenstellung der neuen Einrichtungen, Maßnahmen, Gesetze, Personal-Nachrichten usw. enthalten, so daß ein vollständiger Überblick über die tatsächlichen Ereignisse auf dem Gebiete der gesamten sozialen Hygiene geschaffen wird.

Briefkasten.

Redaktionsbeschluss ist für Montag mittags. Mit wichtigen Mitteilungen warte man also nicht bis kurz vor Redaktionsbeschluss, sondern berichte sofort und beschränke immer nur eine Seite.

B. A. E. Am 27. Juli ist die Anfrage schriftlich beantwortet. Genügt das noch nicht?

Hilfslos. M. Von der Eingabe haben wir Kenntnis, verwenden sie gelegentlich, doch hat es nicht die beabsichtigte Bedeutung, weil solche Änderungen heute nur mit Zustimmung der Arbeiterorganisation erfolgen können. Doch wir räumig abgelehnt haben, sie selbstverständlich.

Bismarck. A. Sider werden beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unsere Kollegen als Steinmetzen usw. Beschäftigung finden können. Vorläufig ist die Angelegenheit, soweit deutsche Arbeiter in Betracht kommen, jedoch noch nicht geklärt! Der Verbandsrat wird sich selbstverständlich, sobald die Angelegenheit in dem gewünschten Sinne geregelt ist, die nötigen Schritte unternehmen, um die Interessen der Steinmetzen zu wahren. Das Nötige wird dann bekannt gegeben.

Die Me 24. Es ist nicht möglich, die Berichte immer zu bringen, darum Gebüh und nicht gleich großes Geschäft aufzugeben. Eine bessere Durcharbeitung der Berichte unter Berücksichtigung aller Nebenfragen erleichtert die Sache und ist dringend zu raten. Die per. 24. 11. 1919. Die Auffassung eines Schriftführers soll ebenfalls nicht in die Berichte eingeschoben werden, sie sind in den meisten Fällen gefällig, deshalb darf über zwischen Redaktion und Schriftführer kein Kampfzustand eintreten.

Steinarbeiter-Empfänger im besetzten Gebiet! Die Zeitungen für das besetzte Gebiet werden von Köln a. Rh. versandt. Etwaige Mehrbestellungen richte man so lange, wie der direkte Postverkehr nicht freigegeben ist, an den Kollegen Nikolaus Knapp, Köln, Pfeilstr. 37, der bereit ist den Versand übernommen hat.

Einige Verbandsberichte wurden wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Anzeigen

Schriftzeichner! Glessen (Hessen), Licher-Str. 37.
Steinhauer, Stößer und Kipper stellt ein
Mühlmeier-Ruhrsandstein- u. Ziegelwerke Wilh. Rau
Mühlmeier-Ruhr-Bruch, Holzstraße 23.

Offenmarmorsteinerschleifer, Offenmarmorjäger, Schriftstauer, Steinmetzen, Granitschleifer, werden in dauernde Stellung gesucht. Der Wohnungnot halber wollen sich nur Unverheiratete melden.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H. Stettin

Tüchtige Steinhauer auf Denkmalarbeit zum sofortigen Eintritt gesucht. Auskunft durch
Betriebsleiter Hoffürther in Ruhmannsfelden (Bay.)

Steinmetzgehilfe für Grabsteinarbeit und Schriftthauen sofort bei gutem Lohn gesucht.
H. Kröger, Bild- und Steinhauerei, Schwerin i. M. Wallstraße 50.

Steinmetzen auf Grabmal stellt ein
A. Bösel, Varel i. Oldbg., am Friedhof.

Junger Steinmetz auf Grabsteinarbeit bei hohem Lohn sofort für dauernd gesucht.
Georg Kleinschmidt, Triebel O.-L.

Granitsteinmetzen für Denkmalarbeit (dauernde Beschäftigung), desgl. **1 Werkzeugschmied** sucht
A. Weyler, Hirschberg i. Schl.

Mehrere tüchtige Steinhauer gesucht für Obernkirchner Sandstein, Stundenlohn 2.60 M., keine Akkordarbeit
Hermann Berger, Bremen, Panzenberg.

Granitschritthauer und Marmorsteinmetz kann sogleich eintreten bei
Georg Hepp, Stettin, Friedenstr. am Bahnübergang.

Junger Mann mit Einjährigem-Zeugnis, sucht Stellung als
Duchhalter in der Steinindustrie. Off. unter Nr. 350, L. K. an die Exped. des „Steinarbeiter“ erbeten.

Steinmetz in hartem Sandstein kann bei 2.60 Mark Stundenlohn sofort Beschäftigung finden.
G. Steffen, Varel, Oldenbg.

Tüchtige Steinmetzen für Bau- und Grabmalarbeiten in Rottlitzer Porphyrt und Sandstein, stellen für dauernd bei Bezahlung nach Tarif ein
Vereinigte Porphyrbüche, G. m. b. H., auf dem Rochlitzer Berge.

Steinhauerbürsten Ia wie vor dem Kriege im Gebrauch, liefert jedes Quantum zu billigstem Preise. Beziehe direkt aus der Fabrik. Vertreter an allen Werkplätzen gesucht.
Georg Wehr, Steinmetz, Neustadt a. Aisch, Bayern.

Steinmetz-Werkzeuge aller Art liefert
G. Hoffmann, Dresden 21, Schandauer Straße 75.

Geitorben. (Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeliefert werden.)
In **Zahr** am 10. Juni der Steinbrecher **Johann Münch**, 50 Jahre alt, an Kehlkopfentzündung.
In **Zutter a. B.** am 18. Juli der Sandsteinmetz **Herm. Setzand**, 42 Jahre alt, an Blinddarmentzündung.
In **Unsen** am 20. Juli der Sandsteinmetz **Aug. Jänich**, 50 Jahre alt, an Rippenfellentzündung; am 24. Juni der Sandsteinmetz **Ad. Schmidt**, 38 Jahre alt, an Rippenfellentzündung.
In **Mühlhausen (Thür.)**, am 25. Juli der Sandsteinmetz **Herm. Hauber**, 40 Jahre alt, an Feldzugsleiden.
In **Kronach (Bay.)** am 29. Juli der Maschinen-schleifer **Joh. Müller**, 25 Jahre alt, an Darmleiden.
In **Strehlen der Pfistersteintauer Karl Schlechter**, 35 Jahre alt, jetzt als vermisst im Felde gemeldet.
In **Striegau der Granitsteinmetz Wilhelm Paul**, 27 Jahre alt, jetzt als Feldzugsteilnehmer für tot erklärt. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Verlag von
W. G. Stauchinger, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 5.